

ESQUIRE-LEDERWAREN finden Sie im guten Fachgeschäft. Informationsprospekt von ESQUIRE-LEDERWAREN, RUPP & RICKER GmbH, Postfach 11 60, 6054 Rodgau 1.



Dieses Zeichen steht für Styl in Sachen Leder.

Esquire
LEATHER GOODS

unerbittlich: Bis zum 15. Oktober jedes Jahres sollten Regierung und Kongreß sich auf Ausgabenkürzungen einigen, um die vorgegebene Defizitgrenze einhalten zu können. Im Versäumnisfall sah das Gesetz automatische Streichungen vor.

Das Ergebnis war, daß sich Präsident und Volksvertreter zum permanenten Mogeln verschworen. Statt zu sinken, stieg das Defizit in den vergangenen zwei Jahren wieder, gekürzt wurden in der Regel nur die Haushaltsansätze, nicht die tatsächlichen Ausgaben.

Unter Bush geht das Spiel weiter: So verlegte die Regierung vorletzte Woche Gehaltszahlungen des Pentagon vom 1. Oktober (dem Beginn des Haushaltsjahres 1990) auf den 29. September (Haushaltsjahr 1989). Das macht es leichter, das Gramm-Rudman-Gesetz für das kommende Jahr zu respektieren – erhöht aber im nachhinein das Defizit für 1989.

Bislang hat es der Präsident geschafft, den Widerspruch zwischen Schein und Wirklichkeit vor den Wählern zu verbergen. Aber wenn den Amerikanern erst mal die unangenehme Wahrheit aufgeht, „daß die USA und Rußland sich beide im Niedergang befinden“ (Kevin Phillips), könnten Bushs gute Umfragewerte rasch dahinschmelzen.

Für diesen Fall steht Image-Spezialist Sig Rogich bereit. Statt den Präsidenten in Videoshows immer nur als „Mr. Nice Guy“ beim Hufeisenwerfen oder mit Hund Millie vorzuführen, würde er der Bush-Präsidentschaft gern eine „historische“ Dimension verleihen. Als seine Vorbilder nennt er Helden, die dem vorsichtigen Präsidenten kaum wesensfremder sein könnten: der Draufgänger Theodore Roosevelt und Englands entschlußfreudiger Winston Churchill.

Namibia

Würstchen und Waffen

In der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika fürchten viele Weiße den Wahlsieg der Swapo. Die Ultras rüsten zum Widerstand.

Nur wenn die Sonne am frühen Abend die Auasberge in rosa-blau-weißes Licht taucht, bevor dann in Minuten die schwarze sternenklare Nacht hereinbricht, sieht Windhuk noch immer wie ein kleines Städtchen aus, das friedlich zwischen kargen Hügeln liegt.

Doch das deutsche Kirchlein aus der Zeit der Jahrhundertwende und die dicken Mauern der Burg sind koloniale



Swapo-Chief Nujoma
Rückkehr nach 30 Jahren

Wahrzeichen, die heutzutage irreführen. Windhuk ist Boom City.

Die Kaiserstraße wird auf Boulevardbreite ausgebaut, der Krach von zahllosen Baustellen ist ohrenbetäubend; ganze Stadtteile des alten Windhuk, etwa die Umgebung des Hotels Fürstenhof, fallen den Planierraupen zum Opfer.

Gut vier Wochen vor den ersten „freien und fairen Wahlen“, so die Uno-Resolution 435, die fünf Tage lang vom 7. November an für eine verfassunggebende Versammlung abgehalten werden sollen, herrscht in der Hauptstadt der ehemaligen kaiserdeutschen Kolonie Goldgräberstimmung. Politiker und Soldaten, Profiteure und Abenteurer aus aller Welt treffen sich in Namibia.

In den einstmals verschlafenen Biergärten, wo Export und Pils nach deutscher Brauart – im Oktober natürlich auch Starkbier – in Literkrügen serviert werden, drängen sich bis spät in die Nacht die Gäste. Im renovierten Hotel Kaiserkrone, das zu einer Schwemme verkommen war, in der deutsch lallende Südwestler mit dicken Bäuchen und kurzen Hosen verkehrten, führt nun ein junges Ehepaar aus dem Westfälischen das erste Restaurant am Platz.

Allabendlich dinieren bei Kerzenschein die Offiziere der über 5000 Mann starken Uno-Friedenstruppe. Diplomatisches Personal aus Dutzenden neuer „Beobachtungsmissionen“, wie sich die Botschaften im Moment noch nennen, sorgt für hauptstädtisches Flair.

Hausbesitzer, die im jahrzehntelangen Streit zwischen der – laut Uno „illegalen“ – Mandatsmacht Südafrika und dem Rest der Welt die Nerven bewahrt haben, werden nun reich. Noch Anfang des Jahres erschien der Kauf eines herr-

schaftlichen Hauses für den künftigen Bonner Botschafter mit rund vier Millionen Rand (zwei Millionen Mark) überbezahlt. Mittlerweile gilt so etwas als Schnäppchen. Die Sowjets mußten unlängst für ein mittleres Hotel fünf Millionen Rand ausgeben.

Die Besitzerin dieses Hotels, der einstigen „Pension Berger“, kaufte derweil vom kleineren Teil des Erlöses ein Traumhaus hoch über dem Atlantik in Kapstadt – noch ist der Geldtransfer nach Südafrika ungehindert möglich. Viele weiße Südwester glauben, besser zu fahren, wenn sie sich im Kapstaat eine Zukunft sichern. „Man legt nicht alle Eier in einen Korb“, heißt die Devise.

Sowohl der Bauboom wie auch die ängstliche Zukunftssicherung kündigen neue Zeiten an. Selbst glühende Unterstützer der Demokratischen Turnhallenallianz (DTA), eines Zusammenschlus-

Die DTA hingegen lädt ihre Anhänger zu Würstchen-Festen ein. Sie hat den Ruf, Stellvertreterpartei Südafrikas zu sein, sagt André du Pisani vom Johannesburg Institut für Internationale Angelegenheiten. Die Wahlprognose des Politologen: „Es wäre erstaunlich, wenn Swapo nicht 60 Prozent der Stimmen bekäme.“

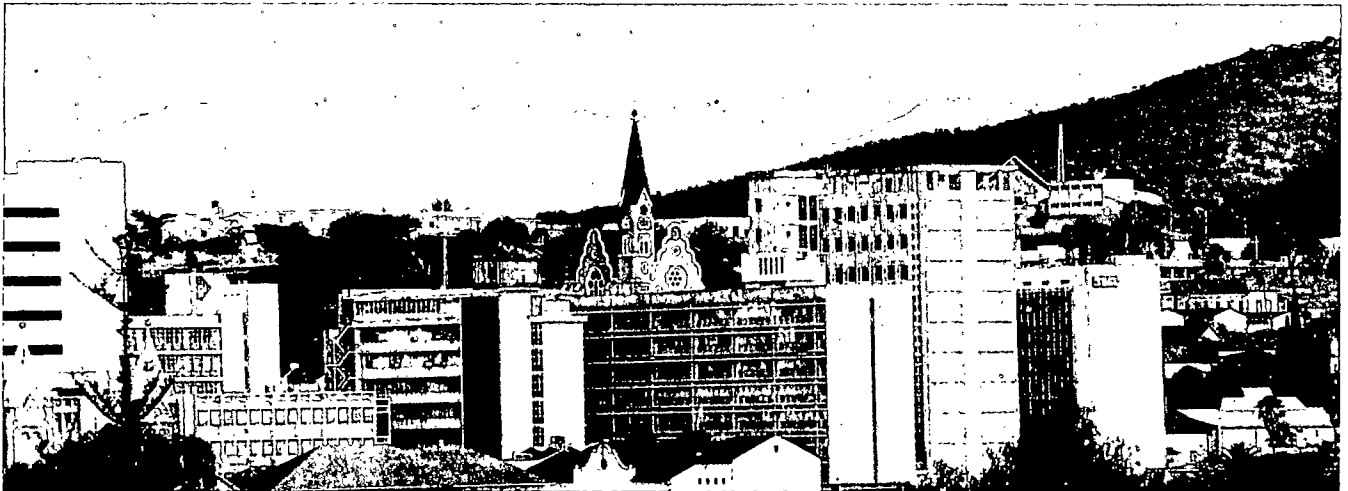
Die Freude auf den nahen Sieg ist jedoch getrübt: Der brutale Umgang mit Dissidenten aus den eigenen Reihen hat die Swapo in Namibia und im Ausland viele Sympathien gekostet. Tausende wurden in den Exilcamps in Angola per Folter „umgezogen“ und als angebliche „Verräter“ in Erdlöchern gefangengehalten.

Erst jetzt, nachdem über 41 000 Namibier aus dem Exil heimgekehrt sind, darunter auch etliche Mißhandelte, wagte ein „Elternkomitee“ unter Uno-

nes Uno-Büros in Outjo umgebracht. Die drei Täter – einer davon deutschsprechend und alle liiert mit der südafrikanischen Faschistengruppe „Afrikaner Weerstandsbeweging“ – warfen auch Handgranaten.

– Längst gefährdet die zunehmende Gewalttätigkeit in dem riesigen Wüstenstaat von gut dreifacher Größe der Bundesrepublik die Friedensmission der Uno. Die Zahl der ursprünglich eingesetzten 500 Polizisten aus aller Welt im Gesamtkontingent der Vereinten Nationen wurde bereits verdoppelt. Zuletzt kam, vor gut drei Wochen, Verstärkung aus der Bundesrepublik – 50 Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS).

Die „Deutsche Schutztruppe“, meldete immerhin in Anführungszeichen die stramm rechte *Allgemeine Zeitung*, wurde rasch auf verschiedene Posten der „Swapol“, der „Südwestafrikanischen



Namibia-Hauptstadt Windhuk: Goldgräberstimmung vor der Unabhängigkeit

ses gemäßigter Schwarzer und Weißer unter Führung des afrikaanssprachigen Farmers Dirk Mudge, schließen nicht mehr aus, daß die linke Befreiungsbewegung Swapo die absolute Mehrheit schafft.

Viele der 80 000 Weißen, darunter auch die meisten der 25 000 Deutschstämmigen, werden für die Allianz stimmen. Doch die zukünftige Regierung für 1,4 Millionen schwarze Namibier wird im bevölkerungsreichen Norden, in Ovambo und Kavango gewählt, wo die Swapo 23 Jahre lang Krieg gegen die Besatzungsmacht Südafrika geführt hat. Von 698 000 Wahlberechtigten leben 242 350 im Ovamboland.

Auch die Mehrheit der Schwarzen aus der Windhuk-Vorstadt Katutura wird der Swapo die Treue halten. Ende September kamen 60 000 zur bislang größten Wahlkampf-Veranstaltung. Sie wollten Swapo-Chef Sam Nujoma sehen, den vermutlich ersten Präsidenten Namibias, der nach fast 30 Exiljahren wieder in die Heimat reisen durfte.

Schutz den Verbleib weiterer 1400 Personen anzumehmen.

Doch die Enthüllungen werden der Swapo nicht substantiell schaden. „Die politische Grundeinstellung bleibt bemerkenswert stabil“, urteilt der in afrikanischen Wahlen erfahrene du Pisani. Er obert die Swapo sogar eine Zweidrittelmehrheit, kann sie bis zur endgültigen Unabhängigkeit im April nächsten Jahres allein die Verfassung bestimmen.

Ein solcher Sieg würde dann die Weißen in Scharen über den Oranje, den südlichen Grenzfluß zu Südafrika, treiben. Für diesen Fall haben sich viele bis an die Zähne bewaffnet. Kalaschnikows, häufig Beutewaffen, von der abziehenden südafrikanischen Armee unter die Leute gebracht, gibt es nahezu öffentlich zu kaufen.

Mit Schüssen aus einer Kalaschnikow ermordeten vergangenen Monat rechte Ultras den deutschsprachigen Anwalt und Swapo-Funktionär Anton Lubowski. Mit der gleichen Waffe wurde im Monat zuvor der Sicherheitsposten ei-

Polizei“, vorwiegend im Norden des Landes abkommandiert.

Denn schon kurz nach der Ankunft hatten betrunkenen Südwester die jungen BGSler im Safari Motel mit „Sieg Heil“-Rufen begrüßt und begehrt, das Deutschlandlied, Strophe eins, zu hören.

Das blieb bislang der einzige Zwischenfall dieser Art. Die unter einigen hundert BGS-Bewerbern ausgesuchten Namibia-Freiwilligen waren zwei Wochen lang in Bad Honnef über Land, Leute und die politische Situation ihres Einsatzlandes aufgeklärt worden.

Im Polit-Kurs hatten sie auch gelernt, Einladungen zu Grill- und Bierfesten, etwa von den „Deutsch-Südwester Komitees“, abzulehnen. „Schneebantus“, schnaubten daraufhin die Gestrig-Deutschen. Der Schimpfname gilt allen Bundesbürgern, welche die Apartheidsgläubigkeit und Hitlerverehrung der extremistischen Südwester nicht teilen.

Erstmals wurden aus dem Patrouillenbereich der deutschen Uno-Beobachter

Kämpfe zwischen Swapo- und DTA-Anhängern gemeldet. Die amtliche Bilanz des vorletzten Wochenendes: ein Toter und 33 Verletzte. Kaum zufällig dabei, daß die Schußwechsel stattfanden, nachdem am letzten Septembertag die berühmte Spezialtruppe „Koevoet“ (Breachstange) aufgelöst worden war. Südafrikas Namibia-Verwalter Louis Pienaar befolgte damit eine Resolution des Uno-Sicherheitsrats.

Doch bei ihrem letzten Appell fehlten bereits 300 von 1200 schwarzen Koevoet-Leuten, die bis dahin bei ihren Brutaleinsätzen von weißen Offizieren befehligt worden waren. Empört protestierte der finnische Chef der Uno-Besatzter, Martti Ahtisaari, in Windhuk. Er sei über den Verbleib der Truppe nicht informiert worden.

Ihre Waffen, behaupten Kenner der „Koevoet“, seien längst in sicheren Verstecken gelagert – Vorsorge für den Fall, daß vom 14. November an, dem Tag, an dem das Wahlergebnis erwartet wird, „die rote Fahne über Windhuk weht“.

Israel

Faule Äpfel

Mit legalen Tricks, aber auch außerhalb der Gesetze versuchen israelische Soldaten, dem Dienst in den besetzten Gebieten zu entgehen.

Vor dem Militärgefängnis Nummer 6 in Atlit waren jüdische Demonstranten aufgezo-gen. Sie gehörten zur Bewegung „Jesch Gvul“ („Es gibt eine Grenze“), die seit Jahren Israels Engagement in den besetzten Gebieten bekämpft. Zum 5750. Neujahr des jüdischen Kalenders dankten sie „unseren mutigen Söhnen, die nicht Handlanger einer schmutzigen Unterdrückungspolitik sein wollen“. Die Adressaten saßen hinter Gittern.

In Atlit verbüßen jüdische Soldaten ihre Haftstrafen, die sich geweigert hatten, Dienst im besetzten Palästinenserland zu leisten und dort, so Jesch Gvul, „Kinder zu verprügeln oder auf sie zu schießen“.

Nach Meinung der Demonstranten sitzen noch zu wenig ein: „Erst wenn 1000 Soldaten den Dienst ablehnen, werden die Politiker

auf den Boden der Realität zurückkehren“, erläutert ein Plakat.

Vorläufig sind es bedeutend weniger. 80 Verweigerer standen bisher vor den Militärgerichten.

Doch der Einsatz gegen die seit 22 Monaten anhaltende Intifada bereitet Israels Soldaten zunehmend Gewissenskonflikte. „Die Zahl der Dienstunwilligen steigt ständig“, sagt Dr. Joram Peri vom Zentrum für Strategische Studien der Tel Aviver Universität. Israels Abendzeitung *Jediot Acharonot* vermutet, es gebe, vorrangig unter den Reservisten, „Hunderte, vielleicht Tausende Drückeberger“. Die Entwicklung hält das Blatt für „durchaus bedrohlich“.

Die meisten versuchen legal, dem Wehrdienst in den besetzten Gebieten auszuweichen. Vor jedem Dienstturnus werden Israels Soldaten 40 Tage im voraus informiert. Viele Einberufene treten dann Auslandsreisen an, lassen sich von ihren Arbeitgebern Bescheinigungen über ihre Unentbehrlichkeit ausstellen, legen ärztliche Atteste vor oder beantragen Aufschub, weil die Frau schwanger, die Mutter ernstlich erkrankt sei.

Das hilft oft, denn in vielen Fällen drückt die Armee ein Auge zu. Sie möchte Konflikte vermeiden. Fast einem Viertel der Wehrpflichtigen gelingt es deshalb, dem Dienst auf dem Jordan-Westufer und im Gazastreifen zu entkommen.

In anderen Fällen greifen die Militärbehörden durch und statuieren Exempel. Dienstgegner werden dann zu 28 bis 35 Tagen Gefängnis verurteilt. Nach ihrer Freilassung erhalten sie neue Gestellungsbefehle, die regelmäßig zu einer nochmaligen Verweigerung und wiederum zu Gefängnisstrafen führen.

Der Reservist Rami Chasson wurde schon fünfmal eingesperrt, weil er nicht jenseits der „grünen Grenze“ des jüdischen Kernstaates dienen wollte. „Theoretisch könnte man uns lebenslanglich in

Haft halten“, schimpft ein aufbegehrender Unteroffizier.

In einem Fall zogen sogar Vater und Sohn als Verweigerer ins Gefängnis. Carlos Lewenhoff, 42, ein 1967 aus Uruguay eingewanderter Kommunist, hatte den Einsatz in einem Wehrdorf im besetzten Gebiet abgelehnt: „Ich habe das Gefühl, einem anderen Volk das Land zu stehlen.“ Dafür mußte er 35 Tage Haft absitzen. Sein Sohn Amit kam aus demselben Grund ins Gefängnis.

In einem Festungsstaat, in dem der Militärdienst die höchste Pflicht ist, waren Gruppen wie Jesch Gvul lange als Verrätervereine verpönt. Derzeit beginnt vor allem unter Militärs ein Lernprozeß. Die Intifada erfordere „eine politische Lösung“, erklärte unlängst Stabschef General Dan Schomron. „Man kann doch diese Suppe nicht mit einer Gabel essen“, meinte ein hoher Offizier.

„Viele Soldaten können keine Lösung am Horizont erkennen. Sie fühlen sich machtlos und sind bestrebt, den Dienst zu verlassen, oder sich so wenig wie möglich zu profilieren“, glaubt Dr. Peri.

Diese Tendenz wächst mit dem steigenden Unwillen vieler Israelis gegen die täglichen Bilder von roher Armeegewalt in den besetzten Gebieten. Erstmals bejahten 52 Prozent der Bevölkerung den Vorschlag des ägyptischen Staatspräsidenten Husni Mubarak, Israel solle in Kairo Verhandlungen mit den Palästinensern aufnehmen, was jedoch vom Likud-Block vergangenen Freitag erneut abgelehnt wurde.

Um dem Gewissensdruck in den besetzten Gebieten zu entgehen, möchten sich viele Soldaten aus den Elite-Einheiten in die zweite Linie zurückversetzen lassen. Ein Offizier: „Ich bin kein Pazifist. Ich habe den Jom-Kippur-Krieg und den Libanon-Feldzug mitgemacht. Aber ich will nicht während meiner 62

Tage Reservedienst steinerwerfende Kinder in Nablus verprügeln oder auf Vermummte in Gaza schießen.“

Die wachsende Zahl der Nörgler und Verweigerer nimmt Stabschef Schomron nicht so ernst und tut sie als „wenige faule Äpfel“ ab.

Hält jedoch die Intifada an und sind auch weiterhin keine ernsthaften israelischen Bemühungen um eine politische Lösung erkennbar, droht Israels Streitkräften eine noch tiefere Moralkrise. Die Morgenzeitung *Haarets* befürchtet, beim nächsten Befehl, noch härter vorzugehen, könnten „Tausende den Gehorsam verweigern“.



Verweigerer Lewenhoff mit Foto des Sohnes*: 35 Tage Haft

* Plakat links: Prügelnde Soldaten, Aufschrift: „Sag nicht, du hast es nicht gewußt“; Plakat-Aufschrift rechts: „Papa, was machst du in den besetzten Gebieten?“